

K01NEU Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 **Starke Kommunen brauchen starke GRÜNE**

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten den sozial-ökologischen Wandel zu
3 gestalten. Wir möchten die Stärken der unterschiedlichen Regionen fördern und
4 den Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die vor
5 allem den Menschen nützt, sehen. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine
6 nachhaltige Politik vor Ort sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen
7 zukunftsfähig zu machen. Mit unseren Bürgermeister*innen in Dresden, Leipzig und
8 Chemnitz setzen wir dies bereits um. Aber auch darüber hinaus gestalten unsere
9 kommunalen Mandatsträger*innen in den Regionen das Lebensumfeld vieler Menschen.

10 GRÜNE Politik heißt auch, die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, vielfältige
11 Landschaft, unversiegelte Böden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige
12 Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. Unter sozialer
13 Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche
14 Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins
15 gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine Kommune für ALLE und
16 stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die
17 wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich,
18 in allen Politikfeldern ansehen.

19 Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Wir GRÜNE stehen für
20 Klima- und Naturschutz, die Energiewende, gute Bildung von Anfang an und starken
21 sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen. Wir wollen eine nachhaltige
22 Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, regionale Wertschöpfung und eine
23 moderne Verkehrspolitik, die Regionen anbindet und Großstädte umweltfreundlich
24 in Bewegung hält.

25 Kommunalpolitik ist aber auch immer von landespolitischen Vorgaben abhängig.
26 GRÜNE Politik vor Ort denken wir immer im größeren Zusammenhang und wollen daher
27 auch die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen, um unsere sächsischen
28 Kommunen und Landkreise erfolgreich zu gestalten und ihnen dafür das
29 Handwerkszeug bereit stellen.

30 **Die Menschen vor dem Klimawandel schützen**

31 **Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen**

32 Der Klimawandel betrifft uns in Sachsen massiv. Ob Starkregenereignisse und
33 Überflutungen oder überhitzte Städte. Die Menschen in Sachsen leiden schon heute
34 unter den Folgen und diese werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir GRÜNEN sind
35 die Vorreiter*innen für aktiven Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik.
36 Sachsen verschläft derzeit den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt immer
37 noch auf die klimaschädliche Kohle. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe,
38 die vor Ort umgesetzt werden muss. Wir wollen in den Kommunen Sachsens lokale
39 Klimaschutzkonzepte entwickeln.

40 Die Kommunen müssen bei der Planung zur Produktion Erneuerbarer Energien
41 maßgeblich einbezogen und es sollen ihnen die Investitionen dafür erleichtert
42 werden. Denn die Kommunen sind ein entscheidender Motor bei der erfolgreichen
43 Umsetzung einer dezentralen, bürgernahen Energiewende, wie wir GRÜNEN sie vor
44 Ort machen. Wenn die Kommunen den Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrnehmen,
45 bietet die Energiewende auch gerade im ländlichen Raum große Chancen,
46 Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu steigern.

47 Ebenso wichtig wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die
48 Energieeinsparung. Eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage
49 wie auch der Einsatz von LED-Lampen rechnen sich - ökologisch und finanziell.
50 Öffentliche Gebäude in Sachsen müssen energetisch auf den neusten Stand gebracht
51 und an den Klimawandel angepasst werden. Investitionen in den Kommunen sind
52 wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und entlasten
53 langfristig die kommunalen Kassen!

54 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

55 **1. Regionale Klimaschutzpläne und Klimaschutzkonzepte aufstellen**

56 Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz
57 betreiben können. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder
58 Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben.
59 Grundlage von Klimaschutzplänen ist eine Erhebung aller Energiedaten, sowohl der
60 Erzeugungs-, als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche
61 und breit getragene Strategie entwickelt werden. Daraus sollten lokal
62 unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, wie und wo das Klima am
63 effektivsten geschützt werden kann.

64 **2. Energieversorgung dezentral gestalten**

65 Die Energiewende stellt eine große Chance für die Kommunen dar. Wir unterstützen
66 sie dabei, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Eine dezentrale
67 Energieversorgung senkt die Strom- und Wärmekosten für Privathaushalte und
68 Unternehmen vor Ort deutlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die
69 Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken. Auch die weitere Gründung von
70 Energie-Genossenschaften im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Sie sind ein
71 wichtiger Bestandteil, die nachhaltige Energiewende nicht nur den Großanbietern
72 zu überlassen und bringen das Land und die Menschen voran.

73 **3. Klimafreundlich bauen**

74 Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von
75 Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche
76 Potenziale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Ein
77 kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen sowie
78 Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Auch der Austausch
79 der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger,
80 gekoppelt mit Nahwärmenetzen, muss erheblich beschleunigt werden.

81 **4. Klimatische Bedingungen in den Städten erhalten**

82 Ob Bäume, Grünfassaden oder begrünte Dächer, sie alle helfen, die Überhitzung
83 der Städte in Grenzen zu halten, indem sie Sonnenlicht absorbieren und den
84 Menschen Schatten spenden. Ebenso müssen bei der Ausweisung von Baugebieten
85 Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen erhalten werden um die
86 Luftqualität in den Städten erträglich zu halten.

87 **Eine intakte Umwelt für die Menschen erhalten**

88 **Umweltschutz und Naturschutz stärken**

89 Zur Lebensqualität in Sachsen gehört die nachhaltige Nutzung unserer
90 Lebensgrundlagen. Die Erhaltung naturnaher Landschaften, der Artenschutz,
91 naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, naturbelassene, unbelastete Gewässer,
92 saubere Luft, gesunde Böden und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs
93 sind Garanten für die Lebensqualität vor Ort und somit für ein attraktives
94 Wohnumfeld.

95 In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden:
96 ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren
97 Energien, Versickerung von Regenwasser, die Renaturierung der Bäche,
98 Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

99 Unsere Ziele sind Dorfkern-Erneuerungen statt tote Ortszentren. Denn diese sind
100 sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die Ausweisung der Gewerbe- und
101 Baugebiete „auf der grünen Wiese“ in Konkurrenz zwischen Städten und Dörfern ist
102 dagegen kontraproduktiv und kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch der Natur
103 teuer zu stehen. Dagegen schont Flächenrecycling durch Nachnutzung von
104 Gewerbebrachen den Freiraum und macht unsere Orte lebenswerter.

105 Viele dieser umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele lassen sich gerade auf der
106 kommunalen Ebene sehr gut erreichen.

107 **Unsere Kernprojekte im Umwelt- und Naturschutz:**

108 **1. Tempo machen bei der Gewässerökologie und dem Hochwasserschutz**

109 Bäche und Flüsse sind wichtige, lebendige Bestandteile unserer Umwelt. Vielfach
110 sind sie begradigt oder auf andere Weise nachteilig verändert. Wir wollen unsere
111 Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an
112 Pflanzen und Tieren entwickeln und gleichzeitig die Ziele der europäischen
113 Wasserrahmenrichtlinie einhalten.

114 Hochwasser und Starkregen mit bisher ungeahntem Ausmaß können viele Menschen
115 treffen. Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge und eine Gemeinschaftsaufgabe der
116 Kommunen, des Landes und des Bundes. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den
117 Flüssen und Bächen ausreichend Retentionsräume zur Verfügung zu stellen und dem
118 technischen Hochwasserschutz vorzuziehen.

119 **2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommunal halten**

120 Das Trinkwasser darf nicht privatisiert werden! Die Wasserversorgung und
121 Abwasserbeseitigung sollen in kommunaler Hand bleiben. Der Schutz des
122 Grundwassers, z. B. vor zu hohen Nitratstickstoff-Werten und Pestiziden, ist die
123 Voraussetzung für die Versorgung unserer Bürger*innen mit dem Lebensmittel
124 Nummer 1 – dem Trinkwasser in bester Qualität. Zum Schutz unseres Grundwassers
125 wollen wir einen verbindlichen Rahmen für die Kooperation der Wasserversorger
126 und der Landwirtschaft setzen. Wir sehen ebenso die Abwasserbeseitigung als
127 wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Es ist uns ein
128 großes Anliegen, die Phosphor- und Stickstoffeinleitungen aus unseren
129 Kläranlagen weiter zu senken und die Kosten für die Bürger*innen dabei nicht zu
130 erhöhen.

131 **3. Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen**

132 Öffentliche Flächen bestimmen unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir haben es in
133 der Hand, ob hier Insekten, Vögel, Lurche, Reptilien oder Säugetiere ihren
134 Lebensraum finden. Straßenbegleitgrün und kommunale Freiflächen bieten durch
135 Einsaat von insektenfreundlichen Blümmischungen ideale Bedingungen, z. B. für
136 Hummeln und Wild-Bienen. Bei der Pflege kommunaler Freiflächen haben Gifte
137 nichts zu suchen. Pestizide wie Glyphosat gehören nicht auf unsere Äcker, was
138 auf kommunalen Flächen verhindert werden kann.

139 **4. Flächenverbrauch reduzieren**

140 Tag für Tag geht durch Versiegelung in Sachsen wertvoller Boden verloren. Dies
141 auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist uns ein wichtiges Anliegen. Sämtliche
142 Maßnahmen zur Nachnutzung von Brachen müssen ausgenutzt und vom Freistaat
143 unterstützt werden. Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen dienen dem Ausgleich
144 von Eingriffen in die Natur. Für unsere kommunalen Naturschutzmaßnahmen brauchen
145 wir deshalb die verlässliche Kenntnis aller Flächen in einem verbindlichen
146 Kataster.

147 **5. Baumschutz wieder in den Kommunen verankern**

148 Bäume erfüllen, wichtige und unverzichtbare Funktionen, so z. B. zur
149 Verbesserung der Luftqualität, als Schattenspender und Biotope für eine Vielzahl
150 von Tier- und Pflanzenarten. Sie wirken sich positiv auf das Mikroklima aus und
151 sind orts- und stadtbildprägend. Wenn Fällungen unumgänglich sind, müssen die
152 Bäume bilanziell ersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen wieder
153 Baumschutzsatzungen erlassen können, die diesen Namen verdienen und die
154 Einschränkungen der Landesregierung zurückgenommen werden.

155 **6. Ressourcenschonend wirtschaften**

156 Wir müssen auf allen Ebenen zu einem ressourcenschonenderen Wirtschaften
157 zurückkehren und die Entstehung von Abfällen so weit wie möglich vermeiden.

158 Dabei bekommen Mehrwegsysteme in den Kommunen eine entscheidende Bedeutung:

159 alle nicht vermeidbaren Abfälle sind nach dem neuesten Stand der Technik zu
160 verwerten. Wir unterstützen den Ansatz gut geführter Wertstoffhöfe als
161 entsprechende Sammelstellen vor Ort und deren Ausbau.

162 **Selbstbestimmte Mobilität bewegt Menschen**

163 **Mobilität und Infrastruktur in Einklang mit Klima und Mensch gestalten**

164 Steigende Benzinpreise, die Verantwortung für den Klimaschutz und der
165 demografische Wandel stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Es
166 gilt, Mobilität sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum umweltgerecht
167 und bezahlbar für alle Menschen zu organisieren. Die Integration der
168 unterschiedlichen Verkehrsträger und die Reduzierung des motorisierten
169 Individualverkehrs stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Neben dem
170 Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir intelligente
171 Verkehrsdienstleistungen etablieren, wie z. B. Fahrradstationen,
172 Anrufsammeltaxis, Carsharing sowie die Schaffung sogenannter "Shared Spaces", in
173 denen alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig sind. Dort, wo es in den Kommunen
174 entsprechende Ratsbeschlüsse zur Einführung von Tempo-30-Strecken auch auf
175 innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen gibt, um Lärm und Emissionen zu
176 reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen wir dies. Die
177 Nachfrage nach solchen Modellen ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.

178 Der Erhalt des vorhandenen und oftmals maroden Landesstraßennetzes muss Vorrang
179 vor Neubaumaßnahmen genießen. Neue Großprojekte im Straßenneubau sind ökonomisch
180 und ökologisch unsinnig und werden auch vom Großteil der Bevölkerung nicht mehr
181 mitgetragen. Wir fordern Investitionen in ein gut ausgebautes und bezahlbares
182 öffentliches Verkehrsangebot. Ein wichtiges Anliegen ist zudem der Schutz vor
183 Verkehrslärm. Wir verschließen uns daher nicht vollständig vor neuen
184 Ortsumfahrungen, wenn kleinere Orte extrem stark von Durchgangsverkehr geplagt
185 sind. In den letzten Jahrzehnten hat der zunehmende Kraftfahrzeug- und
186 Flugverkehr zu einer kaum noch zu ertragenden Lärmbelastung für viele Menschen
187 in Sachsen geführt.

188 Menschen können aber nicht nur durch ÖPNV, Radwege und Straßen miteinander in
189 Verbindung gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu
190 den wichtigen Zukunftsthemen unserer Kommunen. Gerade im ländlichen Raum sind
191 schnelle Internetverbindungen ein harter Standortfaktor. Gesellschaftliche
192 Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den
193 Kommunen ermöglicht werden.

194 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen im Bereich Mobilität:**

195 **1. Mobilitäts-Angebote dem Bedarf anpassen**

196 Mobilität ist ein hohes Gut, auf das alle Bürger*innen unabhängig von Wohnort
197 und Alter ein Anrecht haben und bezahlbar sein muss. Hier darf sich das Land
198 nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen.

199 Bürger*innen ohne eigenes Auto dürfen nicht von der Außenwelt abgehängt sein. Es
200 müssen neue Bus- und Bahnhaltstellen geschaffen, statt geschlossen werden.
201 Neue, flexible Systeme, wie z. B. Anrufsammeltaxis, Car-Sharing-Angebote und
202 Bürgerbusse können ebenso dazu beitragen, die Versorgung - insbesondere im
203 ländlichen Raum - zu verbessern. Barrierefreiheit muss in allen öffentlichen
204 Verkehrsmitteln gegeben sein. Auch über eine intelligente Verkehrsvermeidung
205 durch Hol- und Bring-Services zu Einkaufsmöglichkeiten sowie Behördengängen
206 lässt sich Verkehr wirksam verringern.

207 **2. Mobilitäts- und Radwegekonzepte erstellen**

208 In einem Mobilitätskonzept werden die Teilbereiche Fußgänger- und Radverkehr
209 sowie ÖPNV- und Kfz-Verkehr in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt.

210 Radwegekonzepte bieten die Chance der systematischen Erfassung des Bestandes,
211 einer Gefahrstellen-Analyse und der Entwicklung eines lückenlosen Netzes.

212 **3. Lärmschutzpläne entwickeln**

213 Lärm stellt eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den
214 Industrieländern dar. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der
215 Kommunen entwickelt. Er muss daher als Querschnittsaufgabe betrachtet werden.
216 Wir GRÜNEN wollen Lärmschutz daher nicht nur bei der Verkehrsplanung, sondern
217 auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern und
218 kommunal durchsetzen.

219 **Gesundes Essen für die Menschen**

220 **Lebensmittel regional erzeugen, fair gehandelte Produkte bevorzugen!**

221 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln
222 aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in

223 Agrarfabriken und vor allem durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur
224 ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher
225 Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente
226 Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucher*innen, Händler*innen
227 und unsere Umwelt gleichermaßen gut. Gerade vor dem Hintergrund der permanenten
228 Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre
229 herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und
230 das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt
231 sich für beide Seiten aus, denn die Nähe zu Erzeuger*innen bringt den
232 Verbraucher*innen Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel.
233 Gleichzeitig erhalten zum einen die Erzeuger*innen faire Preise sowie mehr
234 Stabilität und zum anderen ist die Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für
235 Betriebe gesichert. Auch in den Städten wollen viele Menschen ihre Lebensmittel
236 wieder selbst anbauen und beteiligen sich an Projekten wie der „Essbaren Stadt“.
237 Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt seit Jahren kontinuierlich.

238 Ebenso wächst das Bewusstsein für die Bedeutung einer artgerechten Tierhaltung
239 und für Produkte aus fairem Handel. Eine übergroße Mehrheit der
240 Verbraucher*innen lehnt zudem gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

241 Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der Verbraucherberatung ein.
242 Öffentliche Ausschreibungen für (Schul-)Mensen und Kantinen-Essen wollen wir so
243 gestalten, dass gentechnikfreie, saisonale und regional erzeugte Lebensmittel
244 vorrangig verwendet werden müssen. Alles, was nicht regional erzeugt werden
245 kann, sollte aus fairem Handel stammen.

246 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

247 **1. Regionalvermarktungsinitiativen fördern**

248 Wir setzen uns für die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten ein. Die
249 kommunalen Verwaltungen können regionale Vermarktungsinitiativen durch die
250 Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z.B. auf der
251 Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei
252 der Beschaffung der Nahrungsmittel für interne und externe Veranstaltungen und
253 Empfänger sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet und beworben
254 werden.

255 **2. Ökologische und soziale Beschaffung als Standard einführen**

256 Das betrifft in den kommunalen Verwaltungen und Eigenbetrieben Produkte wie
257 Arbeits- und Berufskleidung, Pflaster- und Natursteine, Büromöbel, Holz und
258 Baumaterialien ebenso wie florale Dekorationsartikel, Papier- und
259 Büromaterialien, Informations- und Kommunikationstechnologie, u.v.m.

260 **3. Stadtgärten unterstützen**

261 In vielen Städten mangelt es an Grünflächen und der finanzielle und personelle
262 Aufwand für die Pflege von Grünflächen nimmt ständig zu. Gleichzeitig möchten
263 viele Menschen sich im Freien betätigen und ihre Lebensmittel wieder selbst
264 erzeugen. Stadt- und Kleingärten sowie Urban Gardening-Projekte bieten hierfür
265 eine Chance und müssen finanziell unterstützt werden. Glyphosate, Herbizide,
266 Neonicotinoide und vieles andere mehr sollen weder auf kommunalen Flächen noch
267 in Kleingärten verwendet werden.

268 **4. Mehr Fair-Trade-Städte in Sachsen**

269 Fairer Handel ist ein wichtiges Instrument, um mehr Gerechtigkeit und
270 Transparenz im internationalen Handel zu schaffen. Vor Ort bieten sich viele
271 Gelegenheiten auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, sei es im Rathaus, in
272 öffentlichen Kantinen, Cafés, Sportvereinen oder im Lebensmittel-Einzelhandel.
273 In Deutschland sind inzwischen mehr als 500 Städte Mitglied im Fair-Trade-Town-
274 Netzwerk. Auch einige sächsische Städte wie Leipzig, Dresden, Freiberg und
275 Markkleeberg sind schon Fair-Trade-Stadt und wir GRÜNEN wollen, dass diesen
276 Titel noch mehr Kommunen erhalten.

277 **Bildung ist Menschenrecht**

278 **Gerechte Bildung und Chancengleichheit!**

279 Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer
280 Gesellschaft, deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Gute
281 Bildung eröffnet Menschen in jedem Lebensalter eine Vielfalt von Möglichkeiten
282 und Perspektiven. Wir GRÜNEN wollen allen Bürger*innen den Zugang zu bester
283 Bildung ermöglichen. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen, damit die
284 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vor der Schultür endet. Mehr Raum und
285 Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer
286 Entwicklung. Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Räume. Hier darf sich
287 das Land nicht aus der Verantwortung ziehen und muss die Kommunen beim
288 Schulhaus- und Kindertagesstättenbau weiter unterstützen.

289 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

290 **1. Auf den Anfang kommt es an**

291 Kita- und Hortplätze sollen besser finanziert werden, um den Betreuungsschlüssel
292 senken zu können. Dadurch können Erzieher*innen weniger Kinder betreuen und
293 ihnen mehr Bildung ermöglichen.

294 Wir wissen, dass die ersten Jahre für die Entwicklung von Kindern entscheidend
295 sind. Aus diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen
296 und die Neugier der Kinder geweckt werden. Wir möchten Kindertagesstätten in die
297 Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können.
298 Spielerisch sollen Kinder dort motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten
299 erlernen.

300 **2. Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen**

301 Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung.
302 Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen
303 Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und
304 Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und
305 sollen einen relevanten Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten,
306 insbesondere da sich diese Investitionen langfristig auszahlen.

307 **3. Breites Bildungsangebot vor Ort sichern**

308 Wir GRÜNEN fordern eine Schulentwicklungsplanung, die nahe am Wohnort alle
309 schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen
310 machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze.
311 Dabei setzen wir uns für den Erhalt auch kleiner Grundschulen, Schaffung neuer
312 und Vergrößerung bestehender Berufsakademien als „Duale Hochschulen“ im
313 ländlichen Raum, als auch Hochschulen und Volkshochschulen in Klein- und
314 Mittelstädten ein.

315 **4. Hand in Hand arbeiten**

316 Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen
317 besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und
318 Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und
319 Jugendhilfe verbessert werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen
320 einzelner Schüler*innen. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

321 **5. Gesundes und leckeres Essen kostengünstig anbieten**

322 Eine gesunde Ernährung ist Voraussetzung für einen gelungenen Kita- und
323 Schulalltag. Den Kindern soll eine hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit
324 aus möglichst regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln angeboten werden.
325 Die Kosten für das Essen müssen in den Kommunen so gestaltet werden, dass
326 niemand wegen seines finanziellen Status von dieser Verpflegung ausgeschlossen
327 wird.

328 **6. Dem Analphabetentum den Kampf ansagen**

329 **6. Alphabetisierung stärken**

330 Der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben können oder sich damit
331 sehr schwertun, ist erschreckend hoch. Dabei bedeutet dies oftmals einen
332 Ausschluss vom öffentlichen Leben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an allen
333 Volkshochschulen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, damit jede Frau
334 und jeder Mann eine Chance bekommt, mindestens Grundschulniveau zu erreichen.
335 Dass dies auch viele Migrant*innen einschließt, ist für uns eine
336 Selbstverständlichkeit.

337 **Das Geld muss dem Menschen zu Gute kommen**

338 **Nachhaltige kommunale Finanzpolitik**

339 Solide Finanzen sind wichtig, um auch noch den nachfolgenden Generationen
340 Möglichkeiten zu schaffen, die Zukunft zu gestalten ohne von Schuldenbergen
341 erdrückt zu werden.

342 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

343 **1. Gerechter Kommunalen Finanzausgleich**

344 Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gerecht und fair über den kommunalen
345 Finanzausgleich bedarfsgerecht finanziert werden. Das Land Sachsen darf sich
346 nicht weiterhin auf Kosten der Kommunen sanieren.

347 **2. Gender-Budgeting**

348 Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, indem wir die Ausgaben im Sinne
349 des Gender-Budgeting danach überprüfen, welchem Geschlecht sie vor allem zu Gute
350 kommen.

351 **3. Transparenz und Bürgerbeteiligung**

352 Die wirtschaftlichen Beteiligungen unserer Kommunen wollen wir transparenter
353 machen und die Beteiligung der Bürger*innen bei der Erstellung des Haushalts
354 über Bürgeranträge und -haushalte in kleinen Ortschaften flächendeckend
355 ermöglichen.

356 **Alle Menschen sollen mitmachen können**

357 **Bürger*innen-Beteiligung, Transparenz und Engagement stärken!**

358 Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches
359 Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: lebendig und
360 lebenswert. Wir GRÜNEN sind selbst aus Bürger*innen-Initiativen entstanden, für
361 uns hat der Austausch mit Initiativen eine hohe Bedeutung. Demokratie lebt vom
362 aktiven Einmischen – auch und gerade in den Kommunen. Kommunalpolitik muss
363 deshalb transparenter und beteiligungsorientierter werden. Jede und jeder muss
364 die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von
365 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Behinderung oder Herkunft. Dazu gehört,
366 dass sich kommunale Vertreter*innen gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung
367 wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

368 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

369 **1. Bürger*innen-Information: transparent und verständlich**

370 Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist eine
371 umfangreiche Informationsgrundlage die wesentliche Voraussetzung. Dafür muss
372 Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein.
373 Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen
374 offengelegt werden. Nur so sind die Leistungen der Verwaltung für alle
375 Bürger*innen nachvollziehbar und die Akzeptanz für Verwaltungshandeln wird
376 gesteigert. Sitzungen der Räte und Ausschüsse auf allen kommunalen Ebenen sollen
377 nur in besonderen Ausnahmefällen nichtöffentlich tagen und auch via Live-Stream
378 im Internet übertragen werden können. Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien
379 müssen in verständlicher Art und Weise – nicht nur für Ratsmitglieder –
380 dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen
381 zu verständlichen Bürger*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

382 **2. Beteiligung stärken**

383 Politik muss sich stärker für informelle Beteiligungsformen wie
384 Mediationsverfahren, Bürger*innen-Kongresse, Dialogforen, dialogorientierte
385 Einwohner*innen-Versammlungen, Schlichtungs- oder Fachgespräche öffnen.
386 Beteiligungsverfahren müssen aber auch gut konzipiert und ernsthaft durchgeführt
387 werden. Daher setzen wir uns in den kommunalen Räten dafür ein, dass
388 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung verabschiedet werden. Bürger*innen
389 wollen sich aber nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitentscheiden. Daher
390 sind wir GRÜNEN gerade auf kommunaler Ebene offen für mehr direkte Demokratie:
391 Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument
392 des Bürgerbegehrens zurückgreifen. Damit geben gewählte Kommunalpolitiker*innen
393 keine Verantwortung ab, vielmehr wird damit die politische Kultur vor Ort
394 bereichert. Menschen diskutieren und entscheiden somit auch zwischen den
395 Wahlen, wohin es mit ihrer Kommune geht. Auf Landesebene setzen wir uns seit
396 Langem für eine Absenkung der Quoten von Bürgerentscheiden und -begehren.

397 **3. Beteiligung von Anfang an**

398 Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft
399 leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an
400 kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich verschiedene Formen der Kinder- und
401 Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein
402 fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem ihre Belange
403 vorgetragen werden können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen
404 werden: Beschlüsse der Jugendparlamente müssen Konsequenzen in den kommunalen
405 Räten haben. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche in ihren Gremien über ein

406 eigenes Budget verfügen können. Bei Entscheidungen der Schulentwicklung wollen
407 wir gezielt die lokale Schüler*innen-Vertretungen einbeziehen.

408 **4. Kampf gegen Rechtsextremismus: Keine Toleranz für Intoleranz**

409 Wir GRÜNEN nutzen vor Ort alle Möglichkeiten, um den Kampf gegen
410 Rechtspopulismus und menschenfeindliche Einstellungen fortzuführen und zu
411 gewinnen. Dazu gehört die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um (Neo-)
412 Nazi-Veranstaltungen, -Demonstrationen oder -Konzerte zu verhindern. Wir bieten
413 menschenverachtenden Gedanken keinen Raum. Eine breite Unterstützung der lokalen
414 Bündnisse gegen Rechtsextremismus und ein gezieltes Eintreten und Handeln gegen
415 jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dafür erforderlich.
416 Kommunen dürfen nicht wegschauen, wenn sich vor Ort rechtsextreme Gruppierungen
417 breit machen. Menschenfeindlicher Gesinnung muss immer mit Wachsamkeit und
418 Präventionsarbeit begegnet werden.

419 **5. Ehrenamtliches Engagement unterstützen**

420 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt,
421 aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den
422 Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, in
423 Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der
424 Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliches Engagement zu
425 unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit
426 Ausbildung, Beruf und Familie liegen. Kommunale Räte, welche schließlich ebenso
427 im Ehrenamt arbeiten, müssen angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten. Dazu
428 müssen den Fraktionen Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden, um im
429 ungleichen Kampf mit Verwaltungen ein wenig Chancengleichheit herzustellen.

430 **Mensch geht's uns gut!**

431 **Die Kommune ist für Alle da!**

432 Wir GRÜNEN wollen allen Menschen eine angemessene Teilhabe am sozialen und
433 gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von
434 Armut betroffen oder bedroht, am stärksten Alleinerziehende und Kinder. Wir
435 wollen Armut bekämpfen: Dazu brauchen die Menschen ein existenzsicherndes
436 Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Menschen bedürfen der
437 gleichen Wertschätzung und Beachtung. Alle müssen in den Kommunen dabei sein und
438 mitmachen können, unabhängig von sozialem Statuts, Einkommen, Geschlecht, Alter,
439 sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung.

440 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer Verantwortung gerecht teilen.
441 Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind derzeit in unseren
442 Kommunalparlamenten unterrepräsentiert, obwohl die dort getroffenen
443 Entscheidungen auch ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Wir wollen durch
444 Gender-Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu
445 beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Es gilt dabei natürlich auch,
446 Frauen zu bewegen, sich verstärkt zur Wahl zu stellen, worin wir sie
447 unterstützen wollen.

448 Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben haben das Recht auf eine
449 familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde.
450 Jugendliche wollen wir in stärkerem Maße als bisher – auch in
451 institutionalisierter Form – in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden.
452 Unser Ziel bleibt es, das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

453 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

454 **1. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort umsetzen**

455 Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und
456 Männer ein. Darum wollen wir mehr Frauen in den Räten. Wir GRÜNEN wollen auf
457 unseren Listen 50 % Frauen und 50 % Männer. Nur das ist gerecht und zielführend.

458 Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender-Mainstreaming und Gender-
459 Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit
460 herzustellen. Wir GRÜNEN stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen
461 Ebene und fordern die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für
462 Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe etc.) sowie die verstärkte
463 Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort.

464 **2. Stadtteile und Dörfer mit und für Menschen entwickeln**

465 Wir wollen, dass Menschen in den Gemeinden oder ortsnah alles haben, was sie zum
466 Leben und zum gesellschaftlichen Miteinander brauchen: bezahlbaren und
467 barrierefreien Wohnraum, Versorgungsmöglichkeiten, Treffpunkte, soziale und
468 kulturelle Angebote, Gesundheits- und pflegerische Versorgung,
469 Mobilitätsangebote usw. Besonders gilt dies für Menschen mit Behinderungen oder
470 Unterstützungsbedarf. Wir wollen Räume und Plätze schaffen bzw. ausbauen, an
471 denen Generationen sich begegnen können. Mehrgenerationen-Häuser müssen in ihrer
472 Existenz gesichert bzw. neu aufgebaut werden. Vielfältige Wohnformen für
473 Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf, wie z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und
474 Alten-Wohngemeinschaften sollten überall selbstverständlich sein.

475 **3. Kommunale Vorbildfunktionen nutzen**

476 Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für
477 die Privatwirtschaft ausüben. Neben Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit
478 von Familie und Beruf, der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und der
479 Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen, zählt die
480 Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Gründung von
481 Personalservicegesellschaften zur Umgehung von Tarifverträgen lehnen wir ab.

482 Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei allen öffentlichen Vergaben die
483 ILO-Kernarbeitsnormen und das Landestariftreuegesetz berücksichtigen.

484 **4. Räume für Jugendliche schaffen**

485 Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbst
486 verwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an
487 den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von
488 dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

489 **5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln**

490 Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sind arm oder
491 armutsgefährdet. Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten
492 regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Ziel erstellt werden, lokale
493 Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Kern jeder Armutsbekämpfung ist die
494 Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. Finanzielle Sicherheit ist ein
495 Menschenrecht. Die betreuenden Behörden müssen zu einem wertschätzenden Umgang
496 und fördernder Unterstützung der Leistungsberechtigten verpflichtet werden.
497 Mögliche Unterstützungsleistungen müssen den Personen aktiv angeboten werden,
498 die durch Anträge im bestehenden Angebotsdschungel überfordert sind. Wir setzen

499 uns dafür ein, dass die Kommunen in den Jobcentern auf eine großzügige und nicht
500 auf kleinliche Sanktionsregelung hinwirken. Menschen, die als
501 Langzeitarbeitslose am Rande der Gesellschaft stehen, sollten nicht zusätzlich
502 einem unangemessenen Sanktionsdruck ausgesetzt werden. Neben der materiellen
503 Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung auch den optimalen Einsatz von
504 Sozialarbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen. Leicht zugängliche
505 medizinische Versorgung in einer einladenden Umgebung sowie passende Bildungs-
506 und Präventionsangebote bilden die notwendige Grundlage, damit Armut sich nicht
507 verfestigt und Menschen ihre Stärken erkennen und nutzen können. Wir setzen uns
508 für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese
509 sollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Stigmatisierung der
510 Nutzer*innen führen und eine vergünstigte Nutzung des ÖPNVs sowie öffentlicher
511 und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich
512 ermöglichen. Kommunen können viel dazu beitragen, dass Armut zwangsläufig
513 bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

514 **6. Inklusion von Anfang an**

515 Menschen mit Behinderungen gehören dazu, mitten drin in der Gemeinde, in der
516 Stadt und im Dorf. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Erstellung von
517 kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.
518 Wir wollen mehr Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den
519 Kommunen, damit die Expert*innen in eigenen Angelegenheiten eine starke
520 Interessenvertretung zur Gestaltung von Teilhabe, Selbstbestimmung und
521 Barrierefreiheit direkt vor Ort haben.

522 **Mensch, mach mal lauter!**

523 **Mensch, sei aktiv!**

524 **Vielfältige Angebote in Kultur und Sport für alle**

525 Kultur darf kein Luxus sein! Wir streben stattdessen eine gleichberechtigte
526 Teilhabe aller Menschen an einem breit gefächerten kulturellen Angebot an.
527 Kulturförderung ist auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer
528 Städte und Gemeinden. Die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals,
529 Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und
530 anderen kulturellen Initiativen dürfen bei Finanznot der Kommunen nicht auf dem
531 Prüfstand stehen.

532 Sportvereine sind ebenso wie der nicht organisierte Breitensport
533 gesellschaftlich unverzichtbar und bedürfen daher einer verlässlichen kommunalen
534 Förderung. Hinzu kommt eine geringer werdende Bindung der Menschen an Vereine.
535 Dem gesellschaftlichen Wandel müssen wir mit frei zugänglichen Sport-, Spiel-
536 und Bewegungsräumen für Jung und Alt Rechnung tragen. Eine
537 Sportstättenkonzeption, an der alle relevanten Akteur*innen beteiligt werden,
538 kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme helfen.

539 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

540 **1. Kulturelles Engagement stärken und Freiräume für Kreative eröffnen**

541 So wichtig es ist, die bestehenden Kultureinrichtungen zu erhalten und
542 Mitarbeiter*innen fair zu bezahlen, so wichtig ist es für die Weiterentwicklung
543 unserer kulturellen Infrastruktur, Freiräume für neue künstlerische Wege,
544 Organisations- und Teilhabeformen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die
545 Projektförderung, die Beratung und Unterstützung für kulturell Engagierte und

546 neue kulturelle Initiativen ausbauen. Kreative und Kulturschaffende soll der
547 Aufbau von eigenen Strukturen, Arbeits- und Präsentationsräumen ermöglicht
548 werden.

549 **2. Kulturelle Bildung stärken - Zusammenarbeit mit Schulen**

550 Wir wollen kulturelle Bildung für alle, insbesondere für Kinder und junge
551 Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen, ermöglichen. Denn dies ist
552 eine der Schlüsselkompetenzen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können.
553 Deshalb wollen wir beispielsweise Museumspädagogik und Leseförderung, Musik- und
554 Kunstschulen stärken und die Zusammenarbeit von Trägern und Initiativen mit den
555 Schulen verbessern.

556 **3. Interkulturelle Arbeit und Ausrichtung von Einrichtungen**

557 Kultur kann einen wichtigen Beitrag zur Integration und interkulturellen
558 Verständigung leisten. Wir wollen Kunst- und Kulturprojekte, die von und für
559 Migrant*innen gestaltet werden sowie Weiterbildungsangebote für Kulturschaffende
560 zur Stärkung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

561 **Hier bin ich Mensch – hier darf ich's sein**

562 **Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune stärken**

563 Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier
564 stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich
565 nicht ausschließlich auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse
566 reduzieren, sondern muss in allen Bereichen mitbedacht werden. Dabei gilt es,
567 nicht über, sondern mit Migrant*innen und Geflüchteten zu sprechen. Ein
568 wichtiger Baustein dafür ist, Migranten-Beiräte in ihrer Arbeit aktiv zu
569 unterstützen.

570 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte. Diese
571 sollen im Dialog mit den Beiräten für Migration und Integration, den
572 Migrant*innen-Vereinen, den Wohlfahrtsorganisationen und den Träger*innen
573 interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir setzen uns für das
574 kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Staatsbürger*innen ein.

575 Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit,
576 Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitbürger*innen
577 in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse
578 gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNEN
579 fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und
580 rechtsextreme Tendenzen.

581 Wir wenden uns gleichzeitig gegen integrationswidrige und extremistische
582 Verhaltensweisen wie Islamismus, Frauenfeindlichkeit oder Gewalt als Mittel der
583 Konfliktlösung.

584

585 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

586 **1. Arbeit der Migranten-Beiräte unterstützen**

587 Durch aktive Mitarbeit in den Migranten-Beiräten können wir uns für die
588 gesellschaftliche Integration von Migrant*innen einsetzen und kommunale
589 interkulturelle Projekte anstoßen.

590 **2. Für Ausländerbehörden mit Willkommenskultur**

591 Die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Migrant*innen und
592 Geflüchtete in den Kommunen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in den
593 Ausländerbehörden etablieren, die Migrant*innen und Flüchtlinge nicht als
594 Bittsteller, sondern als Neu-Mitglieder unserer Gesellschaft begreift. Spezielle
595 Schulungen können Verwaltungsmitarbeiter*innen die erforderlichen Kompetenzen
596 für eine migrationspezifische Beratung vermitteln. Dabei spielen Elemente aus
597 interkulturellen Trainings eine wichtige Rolle. Mitarbeiter*innen in den
598 kommunalen Behörden müssen auf Dolmetscher*innen zurückgreifen können.

599 **3. Flüchtlinge willkommen heißen**

600 Eine positive Willkommenskultur zeigt sich auch an der Art der Unterbringung.
601 Darauf haben wir vor Ort Einfluss, können Kommunen bei der Suche nach geeigneten
602 Immobilien unterstützen und deren Gestaltung positiv beeinflussen. Mit aktiver
603 Unterstützung der Nachbarn wird das Einleben erleichtert sowie sprachliche und
604 andere Schwierigkeiten am schnellsten überwunden. Oft ist es gerade die Hilfe
605 von ehemaligen Geflüchteten und Einwanderern, die hier beste Hilfe leisten. Dies
606 ist durch Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Durch Unterstützung bei der
607 Jobsuche wird Geflüchteten geholfen, eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen.

608 **4. Diversity-Gedanken stärken**

609 Kommunale Verwaltungen und Unternehmen sind ein großer Arbeitgeber in Sachsen
610 und sollten mit gutem Beispiel voran gehen. Diversity-Management macht dabei die
611 positiven Aspekte, die sich durch die konstruktive Nutzung sozialer Vielfalt auf
612 dem Arbeitsmarkt ergeben, in den Betrieben und Verwaltungen zum Thema und
613 versucht sie für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Ziel ist nicht nur
614 die individuelle Verschiedenheit im Sinne einer positiven Wertschätzung
615 besonders hervorzuheben, sondern auch eine produktive Gesamtatmosphäre im
616 Unternehmen zu erreichen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu
617 verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern.

618 **Mensch, das macht mich nicht krank**

619 **Gesundheit nachhaltig fördern**

620 In der medizinischen Versorgung brauchen wir einen Kulturwandel, in dem der
621 Mensch als Sozialwesen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht. GRÜNE
622 Gesundheitspolitik zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der Lebensqualität
623 der Menschen - orientiert am Ansatz der präventiven Gesunderhaltung und der
624 Förderung eines gesunden Lebensstils. Einer voranschreitenden Ökonomisierung des
625 Gesundheitswesens müssen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges
626 Gesundheitskonzept von der Prävention über Bildung in Kindergärten, gesunde
627 Ernährung, psychosoziale Betreuung bis zur Pflege und Sterbebegleitung anbieten.
628 Das Patient*innen-Interesse muss im Mittelpunkt der Versorgung stehen und die
629 Strukturen am Ziel eines maximalen Nutzens für Patient*innen ausgerichtet
630 werden.

631 Aus dieser Zielvorgabe entwickeln sich die weiteren Maßnahmen zum qualitativ
632 effizienten Umgang mit Ressourcen. Jede/r Bürger*in hat einen Anspruch und das
633 Recht auf gesunde Entwicklung (auch im Alter), Gesundheitsförderung durch
634 Stärkung vorhandener Ressourcen, eine gesunde Umwelt und einen gesunden
635 Arbeitsplatz.

636 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

637 **1. Prävention**

638 Auf kommunaler Ebene muss Prävention und das Bewusstsein für die eigene
639 (psychische) Gesundheit einen höheren und verbindlicheren Stellenwert bekommen.
640 Kinder müssen schon frühzeitig in der Familie, in Kitas und Schulen eine
641 Gesundheitsschulung vermittelt bekommen.

642 **2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum**

643 Angesichts der Versorgungslücken in ländlichen und strukturschwachen Regionen
644 sind neue nachhaltige Strukturen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln,
645 die eine wohnortnahe Versorgung nach hausärztlichen und fachärztlichen
646 Gesichtspunkten sichern. Eine sozialraumorientierte Versorgung kann durch neu zu
647 schaffende Versorgungspraxen, wie medizinische Versorgungszentren, die von
648 verschiedenen Ärzten sowie Psychotherapeuten genutzt werden können, sowie der
649 Übernahme einiger ärztlichen Tätigkeiten durch andere Heilmittelbringer und
650 Versorgungsassistent*innen in der Hausarztpraxis erreicht werden. Dadurch ist
651 den Bürgern auch ein Mindestmaß an Arztwahl möglich. Unterstützend kann die
652 Telemedizin, vor allem in ländlichen Regionen, eingesetzt werden.

653 **3. Krankenhausversorgung in der Fläche**

654 Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss den Krankenhäusern die
655 Möglichkeit geboten werden, mehr Patient*innen und Krankheiten, auch ambulant
656 oder teilstationär, zu behandeln. Diese Öffnung der Krankenhäuser für die
657 ambulante Versorgung soll keine Schwächung des ambulanten Sektors (vor allem im
658 Bereich der Fachärzte) zum Ziel haben, sondern das Potential stationersetzender
659 Leistungserbringung im Gesundheitswesen ausschöpfen. Die Krankenhausverteilung
660 in der Fläche muss die Grundversorgung und die zeitliche Erreichbarkeit vom
661 Wohnort aus gewährleisten.

662 **4. Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung**

663 Die seit Jahren kritisierte Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung
664 der Bevölkerung ist durch eine Neuberechnung der Bedarfsplanung zu beheben.

665 Der Ausbau von Plätzen für betreutes Wohnen ist dem weiteren Ausbau von
666 Heimplätzen vorzuziehen. Inklusion und ein Leben in normalen Arbeitsbezügen und
667 Nachbarschaften muss in größerem Umfang außerhalb von Sondereinrichtungen
668 ermöglicht werden. Ambulante Behandlung muss vor stationärer Behandlung stehen.
669 Der Ausbau wohnortnaher Krisendienste, an die sich Betroffene und deren
670 Angehörige wenden können, ist zwingend erforderlich. Zwischen Fachkliniken und
671 der Gemeindepsychiatrie sind Verbundkooperationen zu fördern.

672 **Menschen den Weg in die Zukunft ebnen**

673 **Digitalisierung für Alle**

674 Immer noch ist Deutschland und auch Sachsen in Bereich der Digitalisierung
675 Entwicklungsland. Egal ob Breitbandausbau, Handyempfang oder E-Government –
676 Ländern wie Finnland oder Estland hängen wir weit hinter. Selbst einige
677 Entwicklungsländer haben besser Netzabdeckungen als Sachsen. Hier ist noch viel
678 zu tun, um den Menschen eine adäquate Teilhabe an der digitalisierten Welt zu
679 ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gleichzeitig müssen wir
680 die Herausforderungen und die Vorbehalte der Menschen in einer digitalisierten
681 Welt ernst nehmen und sie in die neue Zeit mitnehmen.

682 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

683 **1. Breitbandausbau**

684 Eine angemessene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist überall,
685 insbesondere aber auch in ländlichen Regionen ein wichtiges Thema. Dort wo der
686 Markt versagt, müssen die Kommunen tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen
687 können. Landesweite Beratungsangebote und Förderprogramme des Landes und Bundes
688 können genutzt und durch interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Versorgung
689 hergestellt werden. Wir GRÜNEN setzen uns in kommunalen Gremien dafür ein, dass
690 die digitale Teilhabe auch in ländlichen Regionen besser wird.

691 **2. Freies WLAN**

692 Wir GRÜNEN unterstützen Initiativen für freies WLAN in den Kommunen und
693 Landkreisen. Egal ob Freifunk oder von der Kommune bereitgestellte Netze – WLAN
694 ist heutzutage genauso wie Breitband einen Grundvoraussetzung für digitale
695 Teilhabe und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

696 **3. E-Government**

697 Kommunale Behörden sollen und müssen in der Zukunft ankommen. Egal ob Anträge an
698 Behörden, Auskunfts-Ersuchen, Terminvergaben oder Informationsvermittlung – es
699 gibt unzählige Bereiche in denen Behörden mit digitalen Angeboten mehr Service
700 und mehr Bürgernähe für die Menschen erreichen können. Wir GRÜNE fordern die
701 konsequente Umsetzung von E-Government-Angeboten in den Kommunen. Nur so können
702 die Potenziale für Bürokratiekosten-Entlastung und bürgerfreundlichen Zugang zu
703 staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer und
704 barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden.

705 **4. Medienpädagogische Angebote**

706 Nicht nur in den Schulen müssen die Voraussetzungen für das Erlernen neuer
707 digitaler Techniken geschaffen werden. Auch die Vermittlung der sachgerechten
708 Benutzung digitaler Anwendungen ist uns GRÜNEN ein Anliegen. Medienpädagogische
709 Angebote in und außerhalb der Schule spielen dabei eine entscheidende Rolle.
710 Darüber hinaus muss auch den Vorbehalten der älteren Generation gegenüber der
711 Digitalisierung mit entsprechenden Bildungsangeboten an den Volkshochschulen
712 begegnet werden.

713 **No prosze! Haló!**

714 **Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen**

715 Das europäische Projekt hat zu einer Vielzahl von Errungenschaften von
716 unschätzbarem Wert beigetragen, welches unbedingt unserer weiteren tatkräftigen
717 Unterstützung bedarf. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende
718 Aufklärung vor Ort, immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des
719 zusammenwachsenden Europas hinzuweisen. Denn viele lokale umwelt- und
720 verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von
721 europäischen Schutzgebieten, die verbindliche Aufstellung von
722 Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und
723 Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

724 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

725 **1. Für den European Energy Award werben**

726 Die Energiewende muss vor Ort stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von
727 allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürger*innen genauso gefragt
728 wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der
729 Grundlage des Schweizer Programms "Energistadt" entwickelt. Tragende Säulen

730 sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien
731 in der Kommune.

732 **2. Kooperationen und Vernetzungen aufbauen**

733 Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa
734 mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN neue Kooperationen und
735 Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende
736 stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über
737 Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

738 **3. Europäische Fördermittel abrufen**

739 Ob EFRE, ESF oder WiFi4EU: es gibt bis zu 200 Förderprogramme auf europäischer
740 Ebene die von den Kommunen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass
741 die klammen sächsischen Kommunen möglichst viele Projekte mit europäischen
742 Fördermitteln vor Ort umsetzen. Dafür bedarf es einfacher, unbürokratischer
743 Richtlinien. An die Stelle bizarrer Kontrollbürokratie muss eine zielorientierte
744 Vertrauenskultur treten.

745 **Mensch nicht kriminalisieren – Kommunale Sicherheitspolitik**

746 Das Sicherheitsempfinden der Menschen nimmt in den letzten Jahren ab, obwohl
747 sich dies aus den nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistiken nicht erklären
748 lässt. Dies hat viel mit der derzeitigen Informationslandschaft zu tun, in der
749 negative Ereignisse viel mehr wahrgenommen werden und ein Gefühl der
750 Unsicherheit hinterlässt. Die Antwort darauf kann aber keine weitere Aufrüstung
751 der unteren Polizeibehörden/ Ordnungsämter oder Überwachung des öffentlichen
752 Raums sein.

753 **Unsere Kernprojekte für die Kommunen:**

754 **1. Polizeibehörden abrüsten**

755 Mitarbeiter*innen der Polizeibehörden/ Ordnungsämter sollen den Menschen auf
756 Augenhöhe begegnen. Dafür bedarf es weder Schlagstock, noch Handfesseln, noch
757 Pfefferspray, für deren offensive Anwendung es sowieso keine Rechtsgrundlage
758 gibt. Ein martialisches Auftreten zerstört das Vertrauen der Menschen und
759 schreckt nur noch mehr ab.

760 **2. Keine Verbotszonen**

761 Wir Grünen werden keine Alkoholverbotzonen, Demonstrationsverbotszonen oder
762 anderweitige Sicherheitsbereiche dulden, welche den Menschen ihre Rechte nehmen,
763 sich im öffentlichen Raum regelkonform zu verhalten. Verdrängung von
764 Menschengruppen um Plätze oder Parks „clean“ zu halten oder anlasslose
765 Personenüberprüfungen durchzuführen sind keine Lösung, sondern verlagern die
766 Probleme nur. Durch Verfehlungen Einzelner das Leben aller Menschen
767 einzuschränken, ist einer liberalen, demokratischen Kommune nicht würdig.

768 **3. Videoüberwachung einschränken**

769 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut in einem demokratischen
770 Staatswesen. Massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums stört das
771 Sicherheitsempfinden vieler Menschen erheblich und ebnet den Weg hin zu einem
772 autoritären Überwachungsstaat. Auch verhindern Überwachungskameras keine
773 Straftat. Wir Grünen wollen die Überwachung des öffentlichen Raums soweit wie

774 möglich zurückfahren. Für die Aufklärung von Verbrechen braucht es genügend
775 Personal in den Polizeibehörden und keine flächendeckende Videoüberwachung.

776 **Wir GESTALTEN – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region.**

777 Wir GRÜNEN haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege.

778 Wir bewahren und gestalten Lebensqualität und menschliches Miteinander für
779 nachhaltige und zukunftsfähige Kommunen in Sachsen. Wir machen ökologische,
780 gerechte und soziale Politik – **für die Menschen in Sachsen!**